

Teil ihres Einflusses an die Parteibasis abtreten müssten. *Walter-Rogg* und *Alexandra Mößner* weisen jedoch, genau wie ein in dieser Zeitschrift erschienener Artikel von *Malte Lübker*¹, nach, dass Parteieliten durchaus bereit sind, einfachen Mitgliedern mehr Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Und um ein letztes Beispiel zu nennen: Innerhalb der Parteien sind ressourcenstarke und insbesondere höhergebildete Bürger zwar stark überrepräsentiert (S. 304), allerdings beteiligen sich auch ressourcenschwächere Mitglieder – entsprechende Einstellungen und Motive vorausgesetzt – am Parteileben (S. 64 und 66). Darüber hinaus schwächt, wie *Gabriel* nachweist, das innerparteiliche Engagement die Effekte der Ressourcenausstattung auf die außerparteiliche Partizipation in Vereinen und Zusammenschlüssen ab (S. 91). Die Parteimitgliedschaft erweist sich somit als geeignetes Betätigungsfeld für ressourcenschwache Bürger, das allerdings gerade von ihnen immer seltener genutzt wird.

Bislang gelingt es allzu selten, mit diesen und ähnlichen Befunden in die allgemeine Diskussion über die Fortentwicklung der Parteien vorzudringen, obwohl deren parteien- und zum Teil auch demokratietheoretische Relevanz für die Debatte offenkundig ist. Die Ursachen für dieses Manko sind sicherlich vielfältig. Eine Rolle spielt gewiss die Art und Weise, wie die vorhandenen Kenntnisse der Parteimitgliederforschung häufig dargeboten und eingeordnet werden. Leider stellt die vorliegende Publikation in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Sämtliche Beiträge nehmen den Stand der Parteimitglieder- und der Partizipationsforschung zwar auf und prüfen die Daten sehr detailliert, aber es fehlt an einer Gesamtschau, die die übergreifende Relevanz der Ergebnisse herausarbeitet. Ein Abschlusskapitel, das aufzeigt, inwiefern die vorgelegten Befunde für die Mitgliederforschung, die Partizipationstheorien oder die Parteien selbst von Belang sein könnten, hätte dem Sammelband sicherlich gut getan und dessen Rezeption über den engen Kreis der Parteimitgliederforscher hinaus erleichtert.

Heiko Biehl

Heterogene Einblicke in die heterogene Wirklichkeit von Kleinparteien

Jun, Uwe, Henry Kreikenbom und Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2006, 320 Seiten, € 34,90.

Der von den drei Politikwissenschaftlern *Uwe Jun*, *Henry Kreikenbom* und *Viola Neu* herausgegebene Sammelband zu kleinen Parteien ist das Ergebnis einer Konferenz im Mai 2005, die gemeinsam vom Arbeitskreis „Parteienforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, des Bildungswerks Thüringen, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der approxima Agentur für Markt- und Sozialforschung durchgeführt wurde. Die da-

1 *Malte Lübker*, Mitgliederentscheide und Urwahlen aus Sicht der Parteimitglieder. Empirische Befunde der Potsdamer Mitgliederstudie, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 4, S. 716 – 739.

rin vereinten Beiträge sind unter drei Kapitel sortiert, die sich der Wettbewerbssituation und den Machtpotentialen kleiner Parteien sowie im letzten Kapitel den Kommunalen Wählergemeinschaften und der ÖDP in Bayern widmen.

Im einleitenden Beitrag beschäftigen sich *Uwe Jun* und *Henry Kreikenbom* mit der „Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem“ und erarbeiten vor dem konkreten Hintergrund der bundesdeutschen Parteienlandschaft Kriterien für eine Arbeitsdefinition „Kleinpartei“. Wesentlich ist für sie die Abgrenzung vom Typus der „catch all-party“. Kleinparteien verfügen im Gegensatz zu dem Typus der Volksparteien über ein geringeres Potential an Wählern, Mitgliedern und Sympathisanten. Die Motivation zur Wahlentscheidung für eine Kleinpartei ist häufig von Protestmotiven beeinflusst, nur selten werden neue Konfliktlinien durch Parteien langfristig im Parteienwettbewerb konstituiert. Der Blick auf die kleinen Parteien in der Bundesrepublik zeigt eine große Heterogenität, so dass die Unterscheidung zwischen nicht-establierten Kleinparteien und etablierten Kleinparteien sinnvoll ist. Etablierte Kleinparteien haben das entscheidende Ziel des Überspringens der Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen erreicht und sind in der Lage, Regierungsteilhabe zu erreichen.

Aus politikwissenschaftlicher und juristischer Perspektive richtet *Jan Köhler* seinen Blick auf die nicht-establierten Kleinparteien. Dabei unterscheidet er sieben Funktionen der „Splitterparteien“ und zeigt auf, dass diese nicht nur in der Wissenschaft vernachlässigt werden, sondern auch in der rechtlichen Stellung strukturelle Nachteile gegenüber den großen Parteien hinzunehmen haben. *Köhler* betont, dass die Existenz von Kleinparteien zu den notwendigen Elementen eines offenen Parteienwettbewerbs gehöre. Eine Renaissance der kleinen Parteien unterstellt *Hans-Jörg Dietsche*, der ihre Erfolgsschancen vor allem in ihrer Fähigkeit sieht, „Marktlücken“ im Parteienwettbewerb zu nutzen. Dies kann den Kleinparteien gelingen, indem sie sich als Flügelpartei, Scharnierpartei oder regionale Partei profilieren.

Die Folgen des Mitgliederschwundes der Parteien beleuchtet *Heiko Biehl* und konstatiert, dass durch den Rückgang der Attraktivität von Parteien die sozialstrukturelle Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft deutlich homogener wird. Unabhängig von der Größe der Parteien sind es vor allem die bildungsfernen Schichten, die durch die Parteien zunehmend weniger ansprechbar sind. Damit wird ein breiter Teil der Bevölkerung in den Parteien nicht mehr repräsentiert, was auch Auswirkungen auf die programmatiche Arbeit haben wird. Nach der Verortung grüner Parteien im politischen Raum fragt *Martin Dolezal*. Globalisierung hat seiner Ansicht nach den politischen Raum durch die Konfliktlinie „Integration und Abgrenzung“ ergänzt, zu der sich auch die grüne Partei positionieren muss. Er bescheinigt ihr in kultureller Hinsicht eine Position der Integration und in ökonomischer eine der Abgrenzung.

Die Ergebnisse und Folgen der Bundestagswahl 2005 sind vor allem für die etablierten Kleinparteien von Bedeutung. Mit besonderem Augenmerk auf diese analysiert *Viola Neu* die Wahl eingangs des Kapitels. Die mit dem Ergebnis der Bundestagswahl verbundenen Herausforderungen stehen im Mittelpunkt der Beiträge, die sich mit der FDP (*Sebastian Götte* und *Selina Recke*), der Linkspartei.PDS (*Florian Hartleb* und *Franz Egon Rode* sowie *Michael Koß* und *Dan Hough*) und den Grünen (*Melanie Haas*) beschäftigen. Dabei ist gerade auch für die Linkspartei.PDS deren strategische Zielsetzung in den Ländern von entscheidender Bedeutung für ihr bundesweites Profil. *Lazaros Miliopoulos* sieht

die NPD als einen „Machtfaktor im deutschen Parteiensystem“ – nach seiner Analyse scheint sie diese Rolle auch nicht nur kurzfristig eingenommen zu haben.

Im dritten Teil des Bandes wenden sich drei Aufsätze den kommunalen Entwicklungen zu. Hier sind vor allem die Kommunalen Wählergemeinschaften interessant, die von *Lars Holtkamp* und *Thomas R. Eimer* mit Blick auf die alten Bundesländer analysiert werden. *Marion Reiser* beschränkt sich darauf aufbauend auf die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen. Abschließend bescheinigt *Uwe Kranenpohl* der bayerischen ÖDP eher schlechte Chancen als communal etablierte Kleinpartei auf Landesebene.

Der Sammelband lebt von der Vielfalt seiner 14 Beiträge. Sie reflektieren die neuesten Ergebnisse und Trends der Wählerbewegungen und Themensetzungen. So bietet die Publikation einen guten Überblick über Fragen der Parteienforschung im Hinblick auf einzelne kleine Parteien. Eine Einordnung der Kleinparteien als Typus bleibt sie allerdings schuldig. Die Heterogenität der behandelten kleinen Parteien, ihrer Profile und ihrer strategischen Ausrichtungen wie auch die Heterogenität der einzelnen Fragestellungen ermöglichte es nicht, generelle Aussagen über Kleinparteien in einer strukturierten Form zu präsentieren. Im Einführungskapitel werden von *Uwe Jun* und *Henry Kreikenbom* zwar Ansatzpunkte für eine Systematik geliefert, die im Folgenden leider nicht fortgesetzt und mit Inhalt gefüllt wird.

Die Veröffentlichung trägt dazu bei, die Forschungslücke zu kleinen Parteien ein Stück weit zu füllen. Die Vielfältigkeit des Gegenstandes scheint jedoch zu verhindern, von Kleinparteienforschung insgesamt sprechen zu können – diese Erkenntnis ist auch ein Ergebnis des Bandes. In einem weiteren Schritt wird es nötig sein, die Differenzierung des Gegenstandes voranzutreiben.

Gudrun Heinrich

Fundiertes Gutachten zur Rechtsstellung nicht-establierter Parteien

Köhler, Jan: Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-establierter politischer Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006, 242 Seiten, € 49,—.

An jeder größeren Wahl in Deutschland partizipiert neben den allseits bekannten eine Vielzahl von Kleinparteien. Ungefähr 800 Parteineugründungen hat es bislang in der Bundesrepublik gegeben. Es liegt auf der Hand, dass Öffentlichkeit wie Wissenschaft derartige Parteien „im Schatten der Macht“ (*Manfred Rowold*) als bizarr anmutende Erscheinungen geißeln. Kleinparteien stehen meist dann im Blickpunkt, wenn es sich um extremistische Parteien handelt oder es zu überraschenden Wahlerfolgen kommt. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern führten die allgemeine Unzufriedenheit und eine Proteststimmung gerade bei Erst- und Jungwählern zum Einzug der rechtsextremistischen, aggressiv-kämpferischen NPD in die Landtage. Die öffentliche Empörung war